

Erstaufnahme kommt

Auf US-Soldaten folgen Flüchtlinge aus Nahost: Das Land hat laut Bürgermeister Keller die verbindliche Absicht, Gebäude der Kaserne als Erstaufnahmeeinrichtung zu nutzen. Die Vertragsdauer werde drei bis fünf Jahre betragen. Noch ist kein Investor abgesprochen, die Zeit könnte für die Planung genutzt werden. Es könnte also trotzdem klappen mit der Entwicklung des neuen Stadtteils von Friedberg.

Von Jürgen Wagner

Noch bevor die Sitzung am Donnerstagabend begann, gab Stadtverordnetenvorsteher Hendrik Hollender eine Unterbrechung bekannt und Bürgermeister Michael Keller rief die Fraktionsvorsitzenden zu einem Hintergrundgespräch zusammen. Spätestens da war klar: Die Nachrichten aus Wiesbaden sind alles andere als gut für die Wetterauer Kreisstadt. »Aus meiner Sicht war das eindeutig«, fasste Keller später das Ergebnis einer Besprechung in Wiesbaden mit dem Finanzministerium und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zusammen. Die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in der Kaserne wird kommen, »ob mit,



Die Hof-förmigen Backsteingebäude südlich der Feuerwehr sollen als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werden (auf dem Satellitenfoto am linken Bildrand). (nic/Google Earth).

Vier Forderungen ans Land

Bürgermeister Michael Keller hat gestern in einem Brief an das zuständige Finanzministerium vier Forderungen formuliert. So soll die Vertragsdauer für die Nutzung der Armeengebäude als Erstaufnahmeeinrichtung auf drei Jahre beschränkt werden. Räumlich soll die EAE auf die beiden in Hof-Form angelegten Gebäudekomplexe südlich der Feuerwehr begrenzt bleiben. Das Land soll auf einer Bürgerversammlung über die Betreuung der Flüchtlinge informieren. Außerdem fordert der Bürgermeister, dass das Land so wie in Büdingen die besondere Situation Friedbergs bei der Zuweisung von Flüchtlingen berücksichtigt. Im Klartext: Die Zahlen für den Wetteraukreis sollen sinken, dann sei Landrat Arnold bereit, der Kreisstadt keine weiteren Flüchtlinge mehr zuzuweisen. (jw)

ohne oder gegen die Stadt«. Soll heißen: Die Stadt sitzt bei dieser Entscheidung zwar mit am Tisch, hat aber nichts zu sagen. Die EAE ist alleinige Sache des Landes.

Keller sprach später von einer Dreifachbelastung Friedbergs: durch über 200 »eigene«, vom Kreis zugewiesene Flüchtlinge, durch vier Unterkünfte des Kreises mit mehreren Hundert Menschen und durch die kommende EAE. Wie viele Menschen dort aufgenommen werden, steht noch nicht fest. Die Rede ist von bis zu 1000 Plätzen.

Der Bürgermeister wirkte angefressen, die Entscheidung gefällt ihm nicht. Und die Art und Weise, wie die Stadt davon in Kenntnis gesetzt wurde, offenbar auch nicht. Das Gespräch in Wiesbaden sei eher eine Informationsveranstaltung gewesen. »Die Entscheidung war längst gefallen.« Trotzdem habe er die Sichtweise der Stadt deutlich gemacht: Nämlich dass die Pläne, das Areal unter den Stichworten »Wohnen – Arbeit – Bildung« zu

entwickeln und damit in wenigen Jahren Wohnraum und Arbeitsplätze auch für jene anzubieten, die dann aus den Flüchtlingsunterkünften heraus und in die Gesellschaft hinein wollen, die besseren seien. »Unser mittel- und langfristiges Projekt wird durch kurzfristige Interessen eingeschränkt, wenn es ihnen nicht gar geopfert wird«, gab sich Keller bitter.

Die EAE soll noch vor dem Winter eingerichtet werden, sagte Keller. Dafür werden die Backsteingebäude südlich des Feuerwehrstützpunktes genutzt. Der obere der beiden Komplexe liegt direkt gegenüber dem Flüchtlingswohnheim des Wetteraukreises, wenige Hundert Meter weiter in der Stahlstraße will die Stadt ein weiteres Kasernengebäude als Unterkunft nutzen.

Keller fordert Erstzugriffsrecht

Dass die Stadt keinerlei Mitspracherecht habe, halte ihn nicht davon ab, die Frage der Gleichberechtigung mit anderen Kommunen zu stellen, sagte Keller und forderte, das Land solle Friedberg keine weiteren Flüchtlinge zuteilen (siehe Kasten). In Büdingen gilt der Vertrag für die Kasernennutzung zehn Jahre. Keller fordert eine deutlich kürzere Dauer für Friedberg.

Als vor wenigen Tagen die Pläne des Landes öffentlich wurden, hatte der Haupt- und Finanzausschuss des Stadtparlaments mit einem Grundsatzbeschluss zur Kasernenentwicklung die eigenen Pläne mit dem Areal noch einmal unterstrichen. Das »Signal ans Land« beeindruckte das Ministerium aber offenbar nicht. Ist die Entwicklung der Kaserne zum neuen Stadtteil nun gestoppt? Das wird sich zeigen. »Wir müssen nun sehen, ob die Investoren noch bereitstehen«, sagte der Bürgermeister. Als das Thema bei der BIMA in Bonn angesprochen wurde, sei »keiner aufgestanden und gegangen.« Keller fordert, dass die Stadt ein Erstzugriffsrecht auf Flächen erhält. »Sollte der Vertrag drei Jahre

laufen und die Investoren bleiben am Ball, könnten bis dahin die Verträge unter Dach und Fach gebracht und das restliche Gelände von der BIMA geräumt werden.« Dann könnte der neue Stadtteil doch noch ohne größere Verzögerung kommen. Keller: »Aber das ist noch unsicher.« So unsicher wie fast alles, was derzeit mit dem Thema Flüchtlingsaufnahme zu tun hat.